

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen

EntschlieÙung

DKP: Groko wurschtelt weiter – Versprechungen und Filz – aber keine Zukunftslösungen für die Arbeitenden!

Nun haben wir einen neuen CDU-Ministerpräsidenten, den fast kein Saarländer kennt. Obwohl die Ergebnisse Ihrer Politik angeblich so nachhaltig positiv sein sollen, nutzte die bisherige Ministerpräsidentin ihre Chance sich ruck-zuck Richtung Berlin davon zu machen. Die Nachfolge musste geregelt werden, das Personaltableau in der Saar-CDU war dünn. War doch ein potentieller Nachfolger namens Meiser wegen der Affäre um den Landessportverband gerade auf der Strecke geblieben.

Für uns Kommunisten verbergen sich hinter diesen Veränderungen nicht nur personelle Veränderungen. Für uns sind sie vor allem Beleg für die zunehmende Krise in der saarländischen Landespolitik. Immer weiter geht die Schere von rosa-roten Zukunftsprognosen und der spürbaren Realität auseinander.

Bis 2020 muss weiter rigoros (kaputt)gespart werden. Um jährlich rund 120 Millionen € soll das Defizit verringert werden. Kramp-Karrenbauer nannte diese Zeitspanne besonders harte Jahre. Obwohl es keine gesicherten Grundlagen dafür gibt, wird behauptet, dass danach alles besser wird. Der Nachholbedarf in Sachen Investitionen, personelle Ausstattung und Daseinsvorsorge ist schon jetzt riesig, er kann nicht durch ein paar Millionen mehr im Jahr aus dem neuen Länderfinanzausgleich überwunden werden. Allein für den sozialen Wohnungsbau fehlt Geld in Milliardenhöhe, um nur an das Niveau anderer Bundesländer heranzukommen. Viele Millionen konnten von den Kommunen wegen der fehlenden Kofinanzierung nicht abgerufen werden: Das Saarland wird dann auch keine der „blühenden Landschaften“, die die CDU mit Kohl schon einmal verheiÙen hat.

Schwerwiegende Zukunftsrisiken werden nicht thematisiert. Kein Wort zu Finanz- und Wirtschaftskrisen, die sich schon jetzt am Horizont andeuten. Z. B. in der Automobilindustrie, in der im Saarland über 50 000 ihrer Lebensunterhalt verdienen. Z.B. auf den Finanzmärkten, wo neue Turbulenzen alle bisherigen Einnahmeerwartungen mit Steuern ganz schnell in den Bereich der Alpträume entsorgen könnten oder Zinserhöhungen, die die Schulden des Saarlandes wieder explodieren lieÙen.

Dennoch machen die Koalitionäre aus CDU und SPD im Saarland auf (Zweck-)Optimismus. Reden und Versprechen. Und wollen so weiter machen wie bisher. Die SPD ist weiter aktiv dabei – und verliert weiterhin Wähler, sie bleibt weiter in Umfragetiefs. Im Land macht sich bei aller durch Institute eingeholten Zustimmung zur Groko Enttäuschung, Unsicherheit und auch Widerstand breit. Nicht zuletzt auch über die Arroganz dieser Landtagsmehrheit. Spitzenpolitiker bis hinein in die Ministerriege wurden zu Monumenten des Filzes, der hierzulande eine lange Tradition hat und alltäglich mit Pöstchenversorgung greifbar ist. Die Vorgänge um den Landessportverband sind offensichtlich nur die Spitze des Eisberges. Auch führende SPD-Politiker sind darin verstrickt und sind alles andere als energische Aufklärer.

Ebenso skandalös ist die Verandelung von staatlicher Macht und Großkonzernen wie mit denen der Automobilindustrie. Während Millionen Autofahrer enteignet werden, werden diese Konzerne mit ihren Profiten geschützt. Obwohl die bisherige Mobilität, auch zukünftig mit dem Elektroauto, die eigentlichen Probleme nicht lösen kann und wird, wird sie fortgesetzt. Das gilt auch beim Thema „Digitalisierung“. Die Landesregierung will das Saarland zu einer Modellregion machen. Die Chancen der Digitalisierung werden breit herausgestellt, eine realistische Folgeabschätzung über den massiven Verlust von Arbeitsplätzen in Industrie und Verwaltung liegt nicht vor.

Die Krise des staatlich-politischen Systems ist also nicht zu übersehen. Einige Beispiele für die Ent-

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen

wicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitenden im Saarland konkret:

- Fast jeder fünfte Beschäftigte, 17,6 Prozent, arbeitet im Niedriglohnbereich. Das Hartz-IV-System drängt Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die damit Hochkonjunktur bekommen, dabei wird die Leiharbeit ausgeweitet
- Die Armut in allen Lebensbereichen greift weiter um sich. Jeder sechste Saarländer ist von Armut bedroht; das entspricht einer Armutsquote von 17,2 Prozent. Rund 170.000 lebten damit 2015 an der unterhalb der Armutsschwelle. Rund 13.800 Menschen waren im Jahr 2016 offiziell langzeitarbeitslos und mussten von Hartz-IV leben.
- Die Kinderarmut hat im Saarland dramatische Ausmaße angenommen. Jedes vierte Kind ist von Armut betroffen. Der Prozentsatz der Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, stieg seit 2005 von 19,3 auf 23,6 %.
- Die saarländischen Kommunen gehören zu den höchstverschuldeten in der BRD. Beispiel SB: Statt Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gibt es zunehmend Privatisierungen mit allen Nachteilen. Schwimmbäder wurden geschlossen und weitere sind gefährdet.
- Es gibt keine Statistiken darüber, wie viele Menschen nicht wissen wie sie bis zum Ende des Monats über die Runden kommen. Auch nicht darüber wie viele Familien nicht in Urlaub fahren können. Hier schlummert aber ein weiterer gesellschaftspolitischer Skandal. Immer mehr müssen sich über die Tafeln zusätzlich versorgen.
- Wir Kommunisten stellen fest: Die Armut ist ein gesellschaftspolitischer Skandal ohnegleichen und menschenverachtend! Kinderarmut ist ein Verbrechen! Wir benötigen endlich Sofortprogramme, die greifen und vor allem den Betroffenen helfen.
- Wir Kommunisten stellen fest: Leiharbeit ist moderne Sklaverei, die den Menschen ihre Würde nimmt. Prekäre Beschäftigung bedeutet nichts anderes als Abrackern für Zusatzprofite in totaler Unsicherheit. Wir fordern die Abschaffung der modernen Sklaverei! Wir fordern das Recht auf Arbeit für alle und das uneingeschränkte Recht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit!
- Wir Kommunisten stellen fest: Die Verursacher und Schuldigen für diese Zustände sind nicht ominöse Mächte, nicht Migranten und Flüchtlinge, sondern die kapitalistische Produktionsweise und die kapitalistische Verteilung der erwirtschafteten Reichtümer. Es muss Schluss damit sein, dass die Reichen immer reicher werden: Wir fordern die Millionärssteuer!
- Wir Kommunisten fordern Abrüsten statt Aufrüsten! Das Geld für die Rüstung und weitere Aufrüstung einfach „umlenken“ zur Lösung der drängendsten gesellschaftlichen Aufgaben!
- Wir Kommunisten fordern ein Sofortprogramm für den Erhalt der Arbeitsplätze angesichts drohender Krisen in den industriellen Kernbereichen des Landes und Eindämmung des Niedriglohnssektors. Dies ist längst überfällig!
- Wir Kommunisten wollen eine völlige Abkehr vom neoliberalen Mainstream. Wir benötigen eine Politik und damit verbundene Entscheidungen, die spürbar und nachvollziehbar vor allem die sozialen Bedürfnisse der Bürger aufgreift und mit konkreten Taten umsetzt!
- Wir Kommunisten wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt abbauen! Das heißt wir wollen einen sozialeren und flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr. Wir sind gegen Gebührenerhöhungen. Wir wollen keine Krankenhausschließungen, sondern eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung für alle und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesen Einrichtungen. Statt Versprechungen benötigen wir ein Sofortprogramm zu Überwindung des Pflegenotstandes!

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz, 28.04.2018, Neunkirchen

- Wir brauchen ein bildungspolitisches Gesamtkonzept, eine Überwindung des Lehrer-Notstandes und eine Überwindung des Sach-Notstandes. Wir brauchen den Ausbau der Kindertagesstätten, mehr Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen einen Ausbau der Möglichkeiten zu sinnvoller Freizeitgestaltung, wie z.B. mehr Schwimmbäder zu sozial verträglichen Preisen.
- Für uns Kommunisten steht fest: Eine solche Politik wird es mit den Grokos nicht geben. Vertuschen, Irreführen, Ablenken von Ursachen und Verursachern, die Sicherung der Interessen der Kapitalmächtigen wird der Kitt sein, der diese Koalitionen zusammenhält. In Berlin und auch in Saarbrücken.

Die Groko im Saarland will trotz der verheerenden Bilanz und der dramatischen Zukunftsprognosen so weiter machen wie bisher. Die SPD als Juniorpartner! Prinzip Hoffnung und Versprechungen! Politikwechsel Fehlanzeige!

Wir unterstreichen unsere Einschätzungen unserer BDK im Dezember 2017:

Wir können die Lebens- und Kampfbedingungen im Saarland nicht aus dem großen und ganzen des weltweiten Kapitalismus herauslösen oder herausdenken. Wir wissen auch, dass ohne einen entsprechenden Aufbruch für eine andere Welt auch im Saarland kein gesellschaftspolitisches Problem nachhaltig gelöst werden kann.

Die Frage ist aber zu beantworten, auch von uns Kommunisten, welche konkreten Aufbruchssignale dafür können wir kreativ nutzen, selbst und mit anderen entwickeln?

Uns geht es dabei perspektivisch um eine Wende hin zur Friedenspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Bekämpfung von Unsicherheit.

Notwendig ist ein alternatives gesellschaftspolitisches Konzept, das überzeugend und glaubwürdig ist.

Ein solches alternatives Projekt muss nach unserer Meinung heute folgende Dreh- und Angelpunkte beinhalten:

Den entschiedenen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik, kein Einklinken und Mitmachen, Bekämpfung der Schuldenbremse und der Kampf um Verbesserungen der Lage, insbesondere der Mehrheit, der Arbeitenden und Arbeitslosen. Den entschlosseneren Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, Sozialabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, um mehr Mitbestimmung, für Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen und den Erhalt der kommunalen Strukturen. Das Engagement gegen rechtes Gedankengut, gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Einfluss der AFD auf die Landespolitik muss verhindert werden! Es ist ein Kampf um eine andere Verteilung der Reichtümer dieser Gesellschaft. Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden. Die DKP steht und wirbt für einen antikapitalistischen Kurs, weil nur so die Probleme an der Wurzel angepackt werden können.

Die DKP sieht zum offenen Dialog, zum produktiven Diskurs aller, die eine fortschrittliche Veränderung wollen und dafür wirken, keine tragfähige Alternative. Aus unserer Sicht ist ein neuer Anlauf, eine neue Initiative dafür dringend notwendig. Die DKP wird im Saarland dafür entsprechend ihrem Einfluss und ihren Möglichkeiten eintreten handeln, Initiativen unterstützen.

DKP: Anlauf nehmen für einen radikalen Politikwechsel – Für Frieden - gegen Kaputtsparen – für die Millionärsteuer - für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie – gegen rechts!

(einstimmig beschlossen)